

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

52. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 1 · 2. Februar 2021

Corona

Die Verlängerung der Corona-Maßnahmen haben den Landtag beschäftigt. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) unterrichtete die Abgeordneten über die Ergebnisse des Bund-Länder-Gesprächs. S. 3

Impfen

In einer Aktuellen Stunde haben sich die Abgeordneten mit der Corona-Impfstrategie des Landes befasst. Anlass war der Start der Terminvergabe für Menschen im Alter ab 80 Jahren. S. 7

Gedenken

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat in einer Rede der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Anlass war die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 76 Jahren. S. 12

Kunstdepot

In der Serie „Räume des Landtags“ stellt die Parlamentszeitschrift in dieser Ausgabe das Kunstlager vor. Hier finden sich Werke von Künstlern mit Bezug zu NRW, darunter auch Klassiker. S. 16

Sozial starten

Innovative Gründungen im Blick

Gründer- und Technologiezentrum

INHALT

Sozialunternehmen im Blick

<u>Sachverständige äußern sich zu Antrag der Grünen-Fraktion</u>	S. 9
<u>Standpunkte</u>	S. 10

Aus dem Plenum

<u>Der Lockdown und die Corona-Mutationen</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4
<u>Bildung in Corona-Zeiten</u>	S. 6
<u>Streit um Impfstrategie</u>	S. 7

<u>Gesetzgebung</u>	S. 8
---------------------------	------

Forum

<u>Landtag gedenkt der Opfer des Naziterrors und setzt Zeichen gegen Antisemitismus</u>	S. 12
---	-------

<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 14
---------------------------------	-------

Forum

<u>Schätze im Kunstlager</u>	S. 16
------------------------------------	-------

Aus den Ausschüssen

<u>Meldungen</u>	S. 18
------------------------	-------

Im Porträt

<u>Christian Loose (AfD)</u>	S. 19
------------------------------------	-------

<u>Kurz notiert</u>	S. 20
---------------------------	-------

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jennifer Hüttenhölischer (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 29. Januar 2021, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.
Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Der Lockdown und die Corona-Mutationen

Debatte über aktuelle Lage und neue Gefahren

27. Januar 2021 – Verlängerung des Lockdowns bis Mitte Februar, weitere Regeln für die Bürgerinnen und Bürger: Der Landtag hat sich mit den neuen Beschlüssen von Bundesländern und Bund zur Eindämmung der Corona-Pandemie beschäftigt. Der kontroversen Debatte war eine neuerliche Unterbrechung von Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) vorausgegangen. Sie trug den Titel „Lage und Ausblick zur Corona-Pandemie in Nordrhein-Westfalen nach den Bund-Länder-Beratungen“.

Angesichts harter Lockdown-Maßnahmen nähmen Belastungen und Ängste zu, sagte Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU). „Wir alle sind die Pandemie leid.“ Der Kampf gegen das Corona-Virus sei aber kein Sprint, sondern ein Dauerlauf, zumal sich mutierte Viren aktuell schnell verbreiteten. „Die Pandemie ist eine Jahrhundertkatastrophe.“ Mut mache, dass der Inzidenzwert in NRW aktuell bei 97,2 liege – mit sinkender Tendenz. Auf Intensivstationen entspanne sich die Lage langsam. Wenn Einrichtungen geöffnet würden, hätten Schulen und Kitas „absolute Priorität“. Es werde vorerst aber keine Lockerungen geben, die das Erreichte gefährdeten.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** sagte, seine Fraktion trage die Bund-Länder-Beschlüsse mit. Was deren Umsetzung angehe, herrsche in der Landesregierung aber Uneinigkeit zwischen CDU und FDP. Zudem halte sich selbst die Staatskanzlei etwa beim Thema Homeoffice nicht an eigene Empfehlungen. Aufgrund der Gefahren durch mutierte Viren müssten „Lockerungsdebatten“ vermieden werden, forderte Kutschaty. FFP2-Schutzmasken müssten kostenlos zur Verfügung gestellt werden und Corona-Hilfen schnell bei Unternehmen und Bedürftigen ankommen. Zudem brauche es „massive“ Investitionen in Bildung, Gesundheit und sichere Arbeitsplätze.

CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** warnte vor den mutierten Corona-Viren, die für eine stärkere Ausbreitung sorgten. Dadurch drohe eine dramatische Entwicklung. Je mehr Infektionen es gebe, desto mehr Chancen habe das Virus zu

mutieren. Umso wichtiger sei es nun, dass alle Menschen die Regeln zur Eindämmung der Pandemie befolgten. Dies sei viel verlangt, aber es gehe auch um viel. An die Pandemie-Leugner appellierte Löttgen, dem medizinischen Personal zu glauben, das jeden Tag um das Leben von Covid-19-Erkrankten kämpfe. Die Kritik der Opposition an der Landesregierung wies Löttgen als überzogen zurück.

„Stufenplan“

Grünen-Fraktionschefin **Josefine Paul** forderte eine langfristige Strategie für ein Leben mit der Pandemie. Das Krisenmanagement von einer Bund-Länder-Konferenz zur nächsten müsse enden. Ohne eine verlässliche Strategie werde bei den Bürgerinnen und Bürgern die Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie weiter sinken. Ihre Fraktion habe daher einen Stufenplan vorgelegt, mit Regeln, die sich an Inzidenzwerten orientierten. Auch in der Schulpolitik fehlten vorausschauende Konzepte für das ganze Schuljahr. Benötigt werde mehr Verlässlichkeit. Das „Fahren auf Sicht“ müsse beendet werden.

Die Lage sei nach wie vor schwierig, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Er sprach von einem „Spagat zwischen Sicherheit und Hoffnung“. Die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen werde Tag für Tag erhöht, die Zahl der Neuinfektionen sinke. Gleichzeitig steige das Wissen um die Pandemie und das Virus. Dies führe zu Hoffnung. Sollten am 15. Februar, dem Montag

nach der beschlossenen Phase des Lockdowns, Öffnungen möglich seien, stünden Schulen und Kitas ganz vorne. Darauf müsse man sich vorbereiten. Auch Handel und Restaurants wolle man gerne schrittweise wieder öffnen. Dies gelte ebenso für Kultur und Sport.

Dr. Martin Vincenz (AfD) kritisierte die Einschränkung von Grundrechten. „Die Freiheit hat es nach wie vor nicht einfach in Deutschland“, sagte er. Der „Meta-Analyse zur Gefährlichkeit des aktuellen Corona-Virus“ des Wissenschaftlers John Ioannidis von der Stanford-Universität zufolge ähnele die Gefährlichkeit von Corona der einer schweren Grippe. Dies rechtfertige die Einschränkungen nicht. Die Bundesregierung handle „wie ein schlechter Arzt“. Obwohl ein Medikament nicht helfe, erhöhe sie die Dosis. Auf diese Weise würden maximal die Nebenwirkungen erhöht, nicht jedoch die Wirkung, so Vincenz.

Im Anschluss an die Debatte stellte der Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen erneut die „epidemische Lage von landesweiter Tragweite“ fest (Antrag von CDU, SPD, FDP und Grünen, [17/12454](#)). Sie gilt nun für weitere zwei Monate.

Ein Entschließungsantrag der Grünen-Fraktion ([17/12455](#)) wurde ebenso wie ein Antrag der AfD-Fraktion ([17/12384](#)) abgelehnt. Bereits am 12. Januar 2021 hatte der Landtag in einer Sondersitzung über die zunächst bis zum 31. Januar beschlossenen Maßnahmen debattiert. Mehr zu der Sitzung lesen Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de. *tob, wib, zab*



Ministerpräsident
Armin Laschet (CDU)

Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

Josefine Paul (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Dr. Martin Vincenz (AfD)



AUS DEM PLENUM

Ausbildung

27.1.2021 – Die Fraktionen von CDU und FDP fordern unterstützende Maßnahmen, damit im kommenden Ausbildungsjahrgang 2021/2022 „ein Corona-Ausbildungsjahrgang verhindert werden kann“. Die Fraktionen verweisen in ihrem Antrag ([17/12387](#)) auf die derzeitigen Schwierigkeiten für junge Menschen, einen Einblick ins Berufsleben zu erhalten. Wegen der Pandemie fehlten Betriebspraktika, Tage der offenen Betriebe oder Schnuppertage. „Damit fehlen zentrale Elemente für die wichtige berufliche Orientierung der jungen Menschen für die Berufswahlentscheidung.“ CDU und FDP fordern die Landesregierung auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Schülerinnen und Schüler ein aufgrund der Pandemie entfallendes Berufspraktikum im Schuljahr 2021/22 nachholen können. Ausbildungsunternehmen sollten unterstützt werden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um berufspraktische Orientierungsphasen für junge Menschen zu ermöglichen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP, Grünen und AfD angenommen. Die SPD stimmte dagegen.

Doppelte Staatsangehörigkeit

27.1.2021 – Der Landtag hat sich mit einem Antrag der SPD-Fraktion zum Staatsangehörigkeitsrecht befasst ([17/12375](#)). In Deutschland gelte im Rahmen der Einbürgerung nach wie vor der Grundsatz, dass Mehrstaatigkeit vermieden werden solle, heißt es darin. Einige Gruppen seien von der Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft ausgeschlossen. Das betreffe u. a. Menschen, die vor 1990 in Deutschland geboren seien oder seit mehr als acht Jahren in Deutschland lebten. „Dem globalen und modernen Zeitgeist einer offenen, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft sollte ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht Rechnung tragen und so gelebte Mehrfachidentitäten durch rechtliche Mehrstaatigkeiten widerspiegeln.“ Die Landesregierung solle die landesrechtlichen Möglichkeiten voll aus-

schöpfen, „um im Sinne des Teilhabe- und Integrationsgesetzes mehr Einbürgerungen zu ermöglichen“. Sie solle zudem im Rahmen einer Bundesratsinitiative auf eine „überfällige Modernisierung“ des Staatsangehörigkeitsrechts hinwirken. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Integrationsausschuss (federführend) überwiesen.

Schutz für Geflüchtete

27.1.2021 – Die Grünen-Fraktion möchte Geflüchteten an der bosnisch-kroatischen Grenze „schnell Zugang zu geordneten Asylverfahren“ gewähren. Das geht aus einem Antrag hervor, über den die Abgeordneten im Plenum beraten haben ([17/12372](#)). „Die katastrophale Situation von Geflüchteten in den Elendslagern vor und innerhalb Europas ist die Folge der Europäischen Abschottungspolitik“, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag. Das sei mit den Werten Europas unvereinbar. Es bedürfe der kurzfristigen Unterstützung des Bundes und der Länder vor Ort sowie einer engen Kooperation mit aufnahmebereiten Kommunen. Die Landesregierung solle das Anliegen zahlreicher Kommunen unterstützen, Schutzsuchende aus Lesbos und der bosnischen Grenzregion im Rahmen des kommunalen Bündnisses „Sichere Häfen“ in Nordrhein-Westfalen aufzunehmen. Nötig seien eine schnelle personelle Unterstützung, beispielsweise durch das Technische Hilfswerk, und materielle Hilfslieferungen, um die humanitäre Notlage der Menschen im Flüchtlingslager Lipa in Westbosnien zu lindern. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Neben der Grünen-Fraktion stimmte die SPD-Fraktion für den Antrag.

Zoos und Corona

27.1.2021 – Die AfD-Fraktion fordert die sofortige Öffnung aller wegen der Pandemie derzeit geschlossenen Zoos in Nordrhein-Westfalen ([17/12381](#)). Die Besucherzahl müsse dabei „angemessen“ sein. Die Einrichtungen hätten durch die Corona-Maßnahmen hohe finanziel-

le Verluste erlitten und lebten momentan von ihren Rücklagen. Bei einem andauernden Lockdown sei ihr Fortbestand gefährdet. „Gerade in Zeiten der häuslichen Isolation würden Zoos eine sichere Möglichkeit für Bewegung und Freizeitgestaltung bieten“, heißt es im Antrag. Darüber hinaus leisteten sie einen „wichtigen Beitrag dazu, den Bürgern und insbesondere den Kindern die Artenvielfalt unseres Planeten Erde näherzubringen“. Sie dienten als „Schutzraum für vom Aussterben bedrohte Tierarten“ und seien Forschungsstandorte. Die finanzielle Situation der Zoos würde „durch eine kontrollierte Wiedereröffnung stabilisiert“. Die Landesregierung solle die Zoos gemeinsam mit den Kommunen bei der Erstellung von Hygienekonzepten beraten. Außerdem solle sie ein Programm auflegen, „das die finanziellen Verluste der Zoos in Folge der Schließung im November ausgleicht, sofern diese nicht durch Bundesmittel ausgeglichen werden“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Wirtschaft und Forschung

27.1.2021 – Die Landesregierung soll bei ihrer Innovationsstrategie die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung ausbauen. Einen entsprechenden Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/12388](#)) hat der Landtag mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen angenommen. Die Fraktionen von SPD, Grünen und AfD stimmten dagegen. Nordrhein-Westfalen biete mit zahlreichen Hochschulstandorten, vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten und einer breiten Unternehmensinfrastruktur beste Voraussetzungen für Innovation, heißt es in dem Antrag. „Die Optimierung der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft in Form von Clustern und Clustermanagement verspricht einen zusätzlichen Innovationsimpuls“, so die Fraktionen weiter. Musterbeispiele seien das bereits bestehende „Cluster Medizin.NRW“, das „Cluster NanoMikroWerkstoffePhotonik.NRW (NMWP)“ oder das „Cluster BioNRW“. Ihr Ziel sei es, Partner aus Wissenschaft, Wirtschaft und



Politik zusammenzubringen, um die Wettbewerbsfähigkeit Nordrhein-Westfalens zu stärken und die jeweilige Branche weiterzuentwickeln. Durch „intelligentes Cluster-Management“ solle die Landesregierung dafür sorgen, „dass Fördermittel des Bundes und der EU insbesondere in die innovationsaffinen Bereiche fließen“.

Artenvielfalt

27.1.2021 – Die SPD-Fraktion setzt sich in einem Antrag ([17/12055](#)) für „mehr Artenvielfalt durch einen Verbund von Hecken und Feldgehölzen“ ein. Nordrhein-Westfalen besitze eine große biologische Vielfalt, heißt es in dem Antrag. Die Artenvielfalt beruhe auf dem Nebeneinander unterschiedlicher Naturräume. Gerade die Corona-Krise habe gezeigt, „dass die Menschen in NRW die umliegende Natur neu entdecken und sich für sie begeistern können“. Allerdings sei das „scheinbare Idyll“ immer stärker gefährdet. „Vor dem Hintergrund des Klimawandels und dem Verlust der Artenvielfalt wird den Hecken und Feldgehölzen in letzter Zeit wieder mehr Bedeutung zugemessen“, schreibt die Fraktion. Sie seien in vielen Regionen „typische Elemente der Kulturlandschaft“, erfüllten „zahlreiche ökologische Funktionen und zählen zu den besonders erhaltenswerten Landschaftselementen“. Die Fraktion fordert u. a., Umfang, Lage und Pflegemaßnahmen der Feldgehölze zu erfassen und ein Förderprogramm zu erstellen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (federführend) überwiesen.

Maßregelvollzug

27.1.2021 – Ein neues Gesetz soll das seit 1999 in Nordrhein-Westfalen geltende Maßregelvollzugsgesetz ablösen. Es regelt bislang die strafrechtliche Unterbringung in psychiatrischen Krankenhäusern und Entziehungsanstalten. Der Landtag hat den entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung ([17/12306](#)) nach der 1. Lesung zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

(federführend) überwiesen. Das Bundesverfassungsgericht verlange in einer Grundsatzentscheidung u. a. einen „therapie- und freiheitsgerichteten Vollzug“ und eine „realistische Entlassungsperspektive“, heißt es in dem Entwurf. Zudem sollen „unverhältnismäßig lange Unterbringungsauern“ vermieden werden. Seit 2016 seien in Nordrhein-Westfalen 180 Entlassungen aufgrund von Unverhältnismäßigkeit erfolgt. „Problematisch an den Entlassungen aus diesem Grund ist, dass Personen ohne ausreichende Vorbereitung entlassen werden, die in der Regel therapeutisch nicht ausreichend erreicht werden konnten und noch ein erhöhtes Rückfallrisiko haben“, so die Landesregierung. Mit der Novellierung des Maßregelvollzugsgesetzes werde „auch künftig eine sichere, rechtsstaatlich korrekte und erfolgreiche Durchführung der Unterbringung gewährleistet“. Eckpunkte des Gesetzes seien u. a. die „Betonung des Schutzanspruchs der Allgemeinheit unter Beachtung der Grundrechte der untergebrachten Person“ sowie eine verstärkte Ausrichtung auf die Wiedereingliederung.

Beteiligung des Parlaments

28.1.2021 – Die Fraktionen von CDU und FDP haben dem Landtag einen Gesetzentwurf zur stärkeren Beteiligung des Parlaments bei der pandemiebedingten Einschränkung von Grundrechten vorgelegt. Der Entwurf ([17/12425](#)) wurde in 1. Lesung beraten und an den Hauptausschuss (federführend) überwiesen. Die Corona-Pandemie habe es erforderlich gemacht, die auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) erlassenen Maßnahmen über Monate hinweg immer wieder zu verlängern, anzupassen und zu verändern, heißt es in dem Gesetzentwurf. Insgesamt habe Nordrhein-Westfalen „die erheblichen Herausforderungen im Umgang mit dem wenig erforschten Virus durch die Möglichkeit der schnellen Reaktion über Landesrechtsverordnungen bisher gut bewältigt“, so die Fraktionen. Der Landtag sei fortlaufend über das Infektionsgeschehen und das Vorgehen der Exekutive informiert

worden und habe dieses intensiv beraten können. Mit dem vorliegenden Gesetz werde die Rechtsetzung auf der Grundlage des IfSG parlamentarisch abgesichert. Die Grundvoraussetzung einer parlamentarischen Diskussion und Absicherung bilde „eine intensive und strukturierte Information des Parlaments über die pandemische Lage sowie getroffene und in Aussicht genommene Maßnahmen“. Diese Information setze das Parlament in die Lage, die Maßnahmen zu diskutieren, zu bewerten und Schlussfolgerungen zu ziehen. Diese ziehe der Landtag künftig, „indem er befristet geltende pandemische Leitlinien erlässt“. Unter deren Berücksichtigung erlasse die Landesregierung die nach dem Pandemiegeschehen erforderlichen Maßnahmen.

Verschwörungsmythen

28.1.2021 – Die Abgeordneten haben sich mit einem Antrag der Grünen-Fraktion zu Verschwörungsmythen befasst ([17/12047](#), [17/12397](#)). Diese seien schon lange in der Gesellschaft verbreitet, seit Beginn der Corona-Pandemie habe allerdings eine Radikalisierung stattgefunden, die den demokratischen Rechtsstaat bedrohe. Es gebe einen „engen Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Verschwörungsmythen und Misstrauen in die Demokratie sowie auch zu menschenverachtenden Einstellungen, wie Antisemitismus, Rassismus und Muslimfeindlichkeit“. Die Landesregierung solle mit Expertinnen und Experten ein Konzept für ein Beratungsangebot zum Umgang mit Verschwörungsideologien entwickeln. Dieses solle sowohl eine psychosoziale Betreuung als auch Beratung zum Umgang mit demokratiefeindlichen Haltungen beinhalten. Bis zur Einrichtung eines solchen Angebots müssten Handlungsempfehlungen entwickelt werden, um Personal im Gesundheitswesen und weitere Berufsgruppen auf den Umgang mit „Verschwörungsgläubigen“ vorzubereiten. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

Bildung in Corona-Zeiten

Perspektiven für den Schulunterricht

28. Januar 2021 – Die Abgeordneten haben sich im Plenum mit Konzepten zum Lernen auf Distanz sowie mit Perspektiven für das Schuljahr 2020/21 befasst. Grundlage der Debatte war ein Eilantrag der SPD-Fraktion.

Die Fraktion fordert in ihrem Antrag ([17/12440](#)) Sofort-Maßnahmen für das Distanzlernen. Allen schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen müsse u. a. ein ausreichendes Datenvolumen etwa durch SIM-Karten für die Nutzung digitaler Endgeräte kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Notbetreuung brauche eine „klare didaktisch-pädagogische Ausrichtung“. Lehrkräfte müssten verstärkt in Kleingruppen eingesetzt und durch Lehramtsstudierende und Vertretungslehrkräfte unterstützt werden.

Die Landesregierung versäume es, für Planungssicherheit zu sorgen, kritisierte [Jochen Ott](#) (SPD). An Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) richtete er den Appell: „Regieren Sie endlich!“ Viele Schülerinnen und Schüler seien seit Monaten nicht mehr in der Schule gewesen. Die Landesregierung müsse anerkennen, „dass dies kein normales Schuljahr ist“. Ott forderte u. a., dass Kinder auch

in der Notbetreuung die Möglichkeit erhalten sollten, am Distanzunterricht teilzunehmen. Eltern sollten „Teilzeit-Kinderkrankentage“ in Anspruch nehmen können.

[Sigrid Beer](#) (Grüne) wies darauf hin, dass ihre Fraktion die Entscheidung für den Distanzunterricht bis zum 14. Februar 2021 mittrage. Es brauche aber auch darüber hinaus Verlässlichkeit. Schulministerin Gebauer sei in dieser Frage „nicht sprechfähig“. Familienminister Dr. Joachim Stamp (FDP) werde in heiklen Debatten als „Sir Lancelot“ vorgeschickt. Es brauche, forderte Beer, einen wissenschaftsbasierten Stufenplan für den Wechselunterricht sowie begleitende Maßnahmen. Es müsse möglich sein, Abschlussprüfungen im Sommer abzulegen. „Aber wer mehr Zeit braucht, soll sie auch bekommen.“

Virus-Mutationen

Distanzunterricht könne keinen Präsenzunterricht ersetzen, sagte [Helmut Seifen](#) (AfD). Es seien Maßnahmen eingeleitet worden, die Schülerinnen und Schülern „schweren Schaden zufügen“. Schulschließungen seien „unverantwortlich“, sie könnten „nur durchgeführt werden, wenn wirklich Gefahr im Verzug ist“. Was Kinder und Jugendliche im vergangenen Jahr und jetzt wieder durchmachen müssten, führe zu langfristigen und individuellen „Schäden an Leib, Geist und Seele“. Seifen sprach von einer „rigorosen, überhasteten und brachialen Stilllegung von Schulen“, von der sich die Betroffenen lange nicht erholen würden.

[Claudia Schlottmann](#) (CDU) warnte vor den Virus-Mutationen. Deshalb sei sie der Schulministerin für deren Klarstellung dankbar, dass bis zum 12. Februar 2021 Distanzunterricht stattfinde. „Es gibt nur einen Weg durch diese Krise – einen gemeinsamen, einen solidarischen, einen geschlossenen“, sagte Schlottmann. Statt die Landesregierung mit konkreten Lösungsvorschlägen und konstruktiven Ideen zu unterstützen, sei die Opposition aber „aus Prinzip dagegen“. Die Pandemie werde zum „Spielball ihrer Polemik“. Die Ministerin sei „längst im Dialog mit den Verbänden“ und pflege einen „konstruktiven Austausch“.

[Franziska Müller-Rech](#) (FDP) sprach von einer „Zerreißprobe“ für die Familien in der Pandemie. Besonders litten die Kinder unter den der-



Claudia Schlottmann (CDU)



Franziska Müller-Rech (FDP)



Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP)

zeitigen Einschränkungen. Die Eltern befänden sich in einem Spagat aus Betreuung und beruflichen Verpflichtungen. Müller-Rech versicherte, dass sich die Familien in dieser Situation auf die schwarz-gelbe Koalition verlassen könnten. Es gebe zwar wegen der hohen Infektionszahlen derzeit zu Recht Distanzunterricht. Ziel sei aber, so schnell wie möglich zum Präsenzunterricht zurückzukehren. Auch garantiere die Landesregierung wie 2020 trotz Pandemie sichere und faire Abschlussprüfungen.

Schulministerin [Yvonne Gebauer](#) (FDP) wies die Kritik der Opposition an ihrem Kurs in der Pandemie zurück. Die Landesregierung habe 2020 dafür gesorgt, dass mehr als 100.000 Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende entgegen der Ratschläge von SPD und Grünen ihre Abschlüsse hätten machen können. Dies sei auch das Ziel für 2021. Die Schulen hätten bewiesen, dass sie in der Pandemie Präsenz- und Distanzunterricht beherrschten. Ihr Ministerium plane derzeit Modelle des Wechselunterrichts. Für Kinder, die durch Distanzunterricht zu Hause nicht erreicht würden, erweitere man entsprechende Angebote in Schulen.

Der Eilantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. SPD und Grüne stimmten dafür.

Mitberaten wurden Anträge der Grünen-Fraktion ([17/12275](#)), der AfD-Fraktion ([17/12377](#)) sowie ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion ([17/12374](#)), die alle mehrheitlich abgelehnt wurden.

tab, zab, wib

Fotos: Schälte



Jochen Ott (SPD)



Sigrid Beer (Grüne)



Helmut Seifen (AfD)

Streit um die Strategie

Landtag debattiert in Aktueller Stunde über Impfsituation in NRW

27. Januar 2021 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über die Corona-Impfungen in Nordrhein-Westfalen debattiert. Die SPD-Fraktion hatte die Aussprache beantragt und in einem weiteren Antrag „flexible Lösungen für den Impfung vor Ort“ gefordert.

Die SPD-Fraktion schreibt in ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde ([17/12439](#)) von einem „Schlingerkurs“ der Landesregierung. Sie verspiele „wichtiges Vertrauen in der Bevölkerung“. So seien die Online-Terminvergabe für Impfungen am 25. Januar 2021 schon nach kurzer Zeit gestoppt, Impfungen für zu Hause lebende Menschen über 80 Jahre und Klinikpersonal verschoben worden. Zudem würden die Impfzentren im Land eine Woche später als geplant in Betrieb genommen. Hintergrund seien ausgebliebene Impfstofflieferungen.

Menschen, die älter als 80 Jahre seien, zählten zur größten Risikogruppe, sagte [Josef Neumann](#) (SPD). Ihnen stehe der Impfstoff zuerst zu. Die Art der Terminvergabe sei in Nordrhein-Westfalen aber ein „beispielloser Akt der Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation“. Die Landesregierung habe mit dem Anmeldeverfahren ein „technisches Monstrum“ geschaffen, mit dem selbst Enkel überfordert seien. Hinweise darauf habe Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) im Vorfeld „weggewischt“. Das Verfahren der Terminvergabe sei der „Tiefpunkt der Pandemiepolitik in Nordrhein-Westfalen“.

„Ansturm“

Wer von „Respektlosigkeit“ spreche, solle prüfen, „ob diese Kritik einen nicht selbst trifft“, entgegnete [Peter Preuß](#) (CDU). SPD-geführte Bundesländer hätten ähnliche Probleme bei der Vergabe von Impfterminen gehabt, da es einen „Ansturm“ gegeben habe. Wie viele Termine vergeben werden könnten, hänge letztlich auch von der Zahl der zur Verfügung stehenden Impfdosen ab. Vielfach fehle es an Impfstoffen. Immerhin seien mehrere Hunderttausend Termine vergeben worden. Das sei eine „ordentliche Leistung“. Mit Blick auf die Zukunft gehe es darum, Produktionskapazitäten und Lieferketten auszubauen.

[Mehrhad Mostofizadeh](#) (Grüne) kritisierte, die Landesregierung habe ihre Versprechen beim Start der Impfkampagne nicht eingehalten. Die technischen Voraussetzungen hätten nicht gestimmt. Zudem seien die Anmeldemöglichkeiten nicht barrierearm. Hier müsse nachgearbeitet werden. Mostofizadeh forderte u. a. mehr Personal für Telefonhotlines, um Fragen der Betroffenen zu beantworten. Auch sei ein Impfgipfel in Nordrhein-Westfalen sinnvoll wie ihn

FDP-Chef Christian Lindner für den Bund gefordert habe. Ziel müsse sein, die Altersgruppe der über 80-Jährigen nun so schnell wie möglich zu impfen.

[Susanne Schneider](#) (FDP) wies die Kritik zurück. Es nütze kein zusätzliches Personal, solange nicht ausreichend Impfstoff zur Verfügung stehe. Dies sei derzeit das größte Problem. Schneider kritisierte ihrerseits, die Europäische Union und der Bund hätten zu viel Zeit bei der Impfstoffbestellung verloren und auf die falschen Hersteller gesetzt. Angesichts der Kosten, die die Pandemie verursache, hätte zudem massiv investiert werden müssen, etwa in die Förderung von Maßnahmen, um mehr Impfstoff herzustellen. Schneider forderte einen nationalen Impfgipfel, der u. a. prüfen müsse, wie die Produktion erhöht werden könne.

Zu den verschiedenen Impfstoffen seien viele Fragen offengeblieben, sagte [Dr. Martin Vincenz](#) (AfD). Zum Beispiel sei nicht klar, wie die Impfungen auf Mutationen des Virus wirkten und was für hochbetagte Menschen gelte. Über die technischen Probleme bei der Terminvergabe sei in der Debatte „vortrefflich gesprochen“ worden, sagte Vincenz. Das „zentrale Problem“ sei jedoch, dass man die Verantwortung für die Beschaffung der Impfstoffmittel an die Europäische Union abgegeben habe. In der EU stritten „zwei Dutzend Mitgliedstaaten um Befindlichkeiten“, da müsse man sich nicht wundern, dass es am Ende nicht funktioniere.

Gesundheitsminister [Karl-Josef Laumann](#) (CDU) sprach von der „größten Terminvermittlungssaktion, die es im Gesundheitssystem in diesem Land je gegeben hat“. Das „Warten in Warteschleifen oder Online-Abstürze“ seien ärgerlich. Wenn ein System in zweieinhalb Tagen aber 390.000 Termine gemacht habe, sei das „kein katastrophales Ergebnis“. Mehr als ein Drittel der Berechtigten habe in dieser

Zeit einen festen Termin erhalten. Nordrhein-Westfalen verfolge eine „klare Impfstrategie“. Wahrscheinlich werde NRW in wenigen Tagen das erste Land in Deutschland sein, das alle Menschen in Altenheimen, die geimpft werden wollten, auch geimpft habe.

Verbunden war die Aktuelle Stunde mit einem weiteren Antrag ([17/12376](#)) der SPD-Fraktion. Sie forderte die Landesregierung darin auf, „Kreise und kreisfreie Städte in die Lage zu versetzen, flexible Lösungen für den Impfung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. *tob, wib, zab*



Foto: Schälte



Foto: Schälte

GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Viertes Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes | [17/11681](#), [17/12272](#), [17/12390](#) (Neudruck), [17/12403](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 27. Januar 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Durchführung strafrechtsbezogener Unterbringungen in einem psychiatrischen Krankenhaus und einer Entziehungsanstalt in Nordrhein-Westfalen (Strafrechtsbezogenes Unterbringungsgesetz NRW – StrUG NRW) | [17/12306](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 27. Januar 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung des WDR-Gesetzes, des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Gesetze (19. Rundfunkänderungsgesetz) | [17/12307](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 27. Januar 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Gesetz zur Einführung eines nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (Versammlungsgesetz-Einführungsgesetz NRW – VersGEinfG NRW) | [17/12423](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 27. Januar 2021 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz über Zuständigkeiten und zur Umsetzung des vereinheitlichten Energieeinsparrechts für Gebäude (GEG-Umsetzungsgesetz – GEG-UG NRW) | [17/12424](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 27. Januar 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Gesetz zur parlamentarischen Absicherung der Rechtssetzung in der COVID-19-Pandemie | [17/12425](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 28. Januar 2021 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/12383](#) | AfD | 1. Lesung am 28. Januar 2021 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/12059](#) | AfD | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 | [17/12033](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung des Wohnungswesens in Nordrhein-Westfalen (Wohnraumstärkungsgesetz – WohnStG) | [17/12073](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahme-gesetz – FlüAG) | [17/11841](#) | Grüne | Integrationsausschuss | in Beratung

Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/11673](#) | SPD | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Gesetze | [17/11622](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, des Landesforstgesetzes und des Verwaltungsverfahrensgesetzes | [17/11624](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Kunsthochschulgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Hochschulbereich | [17/11685](#) | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/11162](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Erweiterung von Auskunftsrechten auf Mitglieder der Medienkommission gegenüber der Landesanstalt für Medien (Auskunftsrechte-Erweiterungsgesetz Medienkommission NRW) | [17/10856](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW | [17/8298](#) | Grüne | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts | [17/9942](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/9801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 für das Land Nordrhein-Westfalen (Zensusgesetz 2021-Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2021 AG NRW) | [17/8762](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern | [17/7753](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Sozialunternehmen im Blick

Sachverständige äußern sich zu Antrag der Grünen-Fraktion

14. Januar 2021 – Sozialunternehmen („Social Entrepreneurs“) wollen, vereinfacht ausgedrückt, die Welt ein wenig besser machen. Sie brächten „nicht nur technisch-digitale, sondern auch soziale Innovationen voran“, heißt es in einem Antrag der Grünen-Fraktion. Die Landesregierung solle deshalb „eine Strategie zur nachhaltigen Förderung sozialer Innovationen und zur stärkeren Sichtbarkeit von Sozialunternehmen“ entwickeln. Im Ausschuss für Digitalisierung und Innovation haben sich Sachverständige zu dem Antrag geäußert.

Sozialunternehmen seien relevante Akteure „bei der Gestaltung einer sozial und ökologisch lebenswerten Zukunft“, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag („Technologische und soziale Innovationen zusammendenken – Social Entrepreneurship nachhaltig fördern und stärken“; 17/11178). Mit ihren Ideen und Ansätzen seien sie auf die „Schaffung eines gesellschaftlichen Mehrwerts ausgerichtet, greifen dabei auf unternehmerische Mittel zurück und tragen damit zur Lösung eines klar benannten gesellschaftlichen Problems bei“. Die bestehenden Gründungs- und Innovationsprogramme des Landes sollten auf diese Unternehmen ausgeweitet werden.

Der Verein „Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland“ schreibt in seiner Stellungnahme für den Ausschuss von einer „Vielzahl gesellschaftlicher Herausforderungen“. Beispiele seien „Klimawandel, Kinder- und Altersarmut, Digitalisierung, Reformstau im Bildungssystem, Integration geflüchteter Menschen oder demografischer Wandel“. Statt diesen Herausforderungen „nachhaltig an deren Kernursache zu begegnen“, werde den Symptomen oft „mit Werkzeugen aus dem vergangenen Jahrhundert begegnet“. So würden „Potenziale verschwendet und selten grundlegende gesellschaftliche Verbesserungen herbeigeführt“. Im Vordergrund des „Social Entrepreneurship“ stehe das „Wirkungsmodell“, das „Geschäftsmodell“ sei lediglich Mittel zum Zweck. „Viel zu oft werden die Erfolgsaussichten sozialer Gründungen allerdings noch an rein finanziellen Maßstäben gemessen“, kritisiert der Verein. In NRW habe man „bislang weitgehend die Chance verpasst, diesen wichtigen Trend in konkrete Maßnahmen umzusetzen“. Dabei sei die „allgemeine Infrastruktur für innovative Gründungen in unserem Bundesland bereits auf einem sehr guten Weg“. Auch stünde sozialen Gründerteams oft die Teilnahme am Gründerstipendium NRW offen, „was ein sehr guter Schritt ist“. Zudem sei damit begonnen worden, Gründungsberaterinnen und -berater der nordrhein-westfälischen Startercenter zum Thema „Social Entrepreneurship“ zu schulen. Bei den Beratungs- und Finanzierungsangeboten der landeseigenen NRW.Bank habe sich ebenfalls „viel in eine sinnvolle Richtung bewegt“.

Sozialunternehmen seien „wichtige Treiber für soziale Innovationen und Nach-

haltigkeit“, so die NRW.Bank in ihrer Stellungnahme. Sie spielten eine „wichtige Rolle bei der Bewältigung sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher Herausforderungen in Deutschland und auch in NRW“. Durch die Verbindung unternehmerischer Ansätze mit gesellschaftlichen Anliegen entstünden soziale und ökologische Innovationen. Die NRW.Bank habe ihre Aktivitäten mit Blick auf soziales Unternehmertum in den vergangenen Jahren verstärkt. Man habe ausgewählte Förderprogramme grundsätzlich für sozial orientierte Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform geöffnet.

Vernetzung

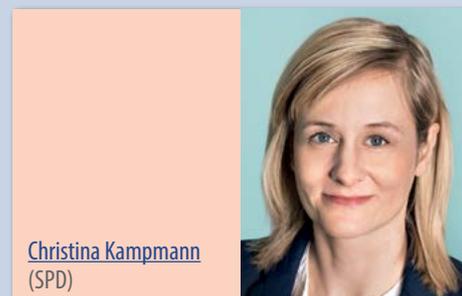
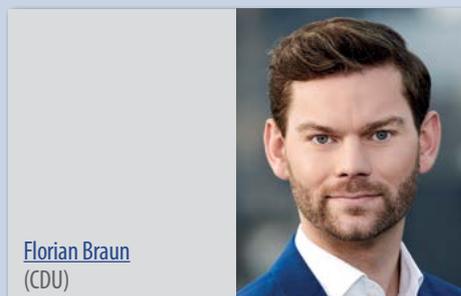
Das Gründer- und Technologiezentrum Solingen verstehe sich als „Anlaufstelle für alle Gründerinnen und Gründer in NRW“ und behandle bei der Beratung „grundsätzlich alle Startups gleich“, heißt es in der Stellungnahme der Einrichtung. Sozialen Gründungen aus der Region verschaffe man bei Veranstaltungen („Pitch-Events“) eine Bühne, damit sie ihre Ideen vorstellen könnten. Dies habe „zu einer guten Vernetzung in die Unternehmerschaft und zu Investoren geführt“. Die Forderung nach Bereitstellung von Fördermitteln und Programmen für soziale Startups unterstütze man.

„Die bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten sind bereits für klassisch-gewinnorientierte Startups in NRW im nationalen und internationalen Vergleich schlecht aufgestellt“, heißt es in der Stellungnahme von „icho systems“, einem Hersteller von Medizinprodukten. Die Programme richteten sich von wenigen Ausnahmen abgesehen „vornehmlich an gewinnorientierte Gründungen“. Ein wichtiger Erfolgsfaktor für Unternehmen sei „das richtige Netzwerk und der Kontakt zu Förderern, die zur Weiterentwicklung maßgeblich beitragen“. Dieses Netzwerk sei in NRW weitestgehend vorhanden, jedoch gebe es nur wenige Spezialisten für soziales Unternehmertum. Andere Bundesländer seien „sehr viel weiter“. *zab*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Sozialunternehmen“



Sozialunternehmen ...

... leisten vielfach einen wichtigen Beitrag für die Lösung gesellschaftlicher und sozialer Herausforderungen und stellen den Einsatz für das Gemeinwohl an erste Stelle. Social Entrepreneurs sind dabei Treiber und nehmen in unserer sozialen Marktwirtschaft eine Brückenfunktion zwischen solidarischer Gemeinnützigkeit, wegweisender Innovation und moderner Wirtschaftsvielfalt ein.

... sind wichtige Vorreiter für sozial-ökologische Innovationen, die einen gesellschaftlichen Mehrwert jenseits von reiner Gewinnorientierung generieren und damit zur Lösung von Problemen wie dem Klimawandel und Armut wesentlich beitragen.

Die Förderung dieser Unternehmen ...

... ist sinnvoll. Auch NRW fördert Social Entrepreneurs z.B. mit dem Gründerstipendium. NRW, welches nicht zwischen einer gewinn- und gemeinwohlorientierten Ausrichtung des Startups unterscheidet. Aber nicht alle „klassischen“ Förderinstrumente sind für die Anforderungen eines Sozialunternehmens ideal. Die NRW.Bank hat bereits reagiert und das Programm NRW.MicroCrowd aufgelegt. Weitere sollen folgen.

... muss massiv verbessert und vereinfacht werden. Viel zu oft werden die Erfolgsaussichten sozialer Gründungen noch an rein finanziellen Maßstäben gemessen. Daher erhalten sie nicht die Förderungen, die ihrem gesellschaftlichen Mehrwert entsprechen. In NRW wurde bislang weitgehend die Chance verpasst, diesen wichtigen Trend durch passgenaue Fördermaßnahmen aufzugreifen.

Netzwerke ...

... wie die DWNRW-Hubs oder die STARTER-CENTER.NRW schaffen ein positives Gründerklima für Social Enterprises. Gerade der Austausch von Erfahrungen, Ideen und Konzepten ist in der ersten Gründungsphase genauso wichtig wie finanzielle Unterstützung. Deshalb hat das Land bereits in die Weiterbildung der Ansprechpartner investiert.

... sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für erfolgreiche Gründungen. Bestehende Unterstützungsstrukturen müssen Sozialunternehmen daher noch stärker als Thema in die eigenen Strukturen mit aufnehmen. Ferner benötigen wir sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene eine strategische Koordination und klare Zuständigkeiten für dieses Querschnittsthema.

Die Gründerszene in Nordrhein-Westfalen ...

... hat enormes soziales und wirtschaftliches Potential. Sie profitiert von einer dichten Hochschullandschaft und der Nähe zu Mittelstand und Industrie mit zahlreichen Weltmarktführern. Die Förderung von Gründerinnen und Gründern steht im Mittelpunkt der NRW-Koalition. Mut wird in NRW unterstützt.

... ist vielfältig, kreativ und zukunftsorientiert. Wir wollen Social Entrepreneurship durch ein Sozialinnovator-Programm nach hessischem Vorbild noch passgenauer fördern.



... leisten etwa durch den Einsatz technologischer Möglichkeiten einen wichtigen Beitrag für innovative Lösungen zur Bewältigung sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Durch die Verbindung von unternehmerischen Ansätzen und gesellschaftlichen Anliegen entstehen nachhaltige Geschäftsmodelle etwa zur Erhöhung von Ressourceneffizienz oder zur Bekämpfung des Klimawandels.



... und Social Startups geben mit ihren sozialen Innovationen Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Wir wollen für sie die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich eine lebendige und dynamische Social Entrepreneurship-Szene in NRW entwickelt. Nur so können soziale und ökologische Geschäftsmodelle sowie Dienstleistungen ihr gesamtes Potenzial entfalten und in die Gesellschaft hineinwirken.



... sind meist privat getragene Unternehmen, deren Unternehmenszweck die Verbesserung der Lebensumstände aller oder einer definierten Gruppe von Menschen ist. In ihrer Gesamtheit tragen sie zum sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. So z.B. Behindertenwerkstätten, die im Sinne einer auf beruflicher Anerkennung beruhenden Integration von Menschen mit Handicap wirken.

... sollte innerhalb der bestehenden Strukturen aus Startercentern, DWNRW-Hubs und Social Impact Hubs erfolgen. Bereits heute stehen Sozialunternehmen zahlreiche Förderprogramme offen, wobei noch Verbesserungsbedarf bei der Sensibilisierung für deren Besonderheiten besteht. Weiterbildungsangebote zu Social Entrepreneurship sollten daher flächendeckend zur Verfügung stehen und weiter ausgebaut werden.

... und sozialer Innovationen ist nicht nur aus sozialer oder ökologischer Sicht sinnvoll. Mehrere Studien zeigen das große wirtschaftliche Potenzial. Mit guten Rahmenbedingungen für Social Entrepreneurship leisten wir einen wichtigen Beitrag für einen zukunftsfesten Wirtschaftsstandort NRW.

... ist grundsätzlich und in engem Rahmen notwendig und sinnvoll. Da aber soziales Unternehmertum (anders als Wohlfahrtseinrichtungen) grundsätzlich auch die Anwendung unternehmerischer Prinzipien erfordert, darf eine Förderung mit öffentlichen Geldern nur erfolgen, wenn andere Finanzierungsquellen nicht ausreichen und die Unternehmung ihren Nutzen für die Sozialgemeinschaft nachweisen kann.

... bieten für junge Unternehmen Austauschmöglichkeiten sowohl mit anderen Startups als auch mit etablierten Unternehmen und sind für deren Unternehmensentwicklung von herausragender Bedeutung. Netzwerkmöglichkeiten werden unter anderem durch die Startercenter, die DWNRW-Hubs sowie die NRW-Bank daher durch zahlreiche Veranstaltungen bewusst gefördert.

... sind ein Erfolgsfaktor für das Unternehmensumfeld. Sozialunternehmen brauchen eine bessere Vernetzung mit Investoren, Banken, Business Angels oder Unternehmen. Die Beratungs- und Förderstrukturen müssen besser auf die Besonderheiten von Sozialunternehmen ausgerichtet werden. Dazu müssen relevante Akteure wie Verwaltung, Wohlfahrtsverbände, soziale Träger und Krankenkassen einbezogen werden.

... von Sozialunternehmen untereinander sind für diese Betriebe ebenso wertvoll und notwendig wie ständige Verbindungen zur Privatwirtschaft und öffentliche Einrichtungen. Denn nur durch direkte Kommunikation und intensiven Austausch werden Synergien und letztlich gemeinsame Mehrwerte geschaffen. Zudem können Doppelversorgungen leichter ausgeschlossen und Finanzierungen effizienter verteilt werden.

... hat in den letzten Jahren bundesweit eine Spitzenposition eingenommen. Durch politische Initiativen wie das Gründerstipendium der NRW-Koalition und die Exzellenz Start-up Center.NRW werden Gründungsinteressierte ermuntert sowie durch Beratung und Netzwerkmöglichkeiten unterstützt. Eine solche gründungs- und innovationsfreundliche Politik schafft die Basis, die Herausforderungen unserer Zeit zu lösen.

... hat sich positiv entwickelt, steht aber immer noch vor großen Herausforderungen. Die unter Rot-Grün eingerichteten Digitalhubs sind ein wesentlicher Grundstein. Dieses Netzwerk sollte mit Blick auf spezifische Gründungsbereiche, wie das Sozialunternehmertum oder Gründerinnen, weiterentwickelt werden, um das volle Potenzial dieser Bereiche entfalten zu können.

... ist – wie auch in der Anhörung zu Social Entrepreneurship deutlich wurde – insgesamt gut aufgestellt und vielfältig. Neben eher technikorientierten Gründungen gibt es erfreulich viele soziale Startups. Die meisten von ihnen sind zwar in diversen Gründernetzwerken eingebettet, benötigen aber neben den bestehenden Förderungen eine noch bessere Vernetzung und praxisorientierte Beratung.

Landtag gedenkt der Opfer des Naziterrors

27. Januar 2021 – Vor 76 Jahren, am 27. Januar 1945, haben Soldaten der Roten Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befreit. Mehr als eine Million Menschen wurden dort von den Nationalsozialisten ermordet, die meisten von ihnen Menschen jüdischen Glaubens. Seit 1996 ist der 27. Januar in der Bundesrepublik ein Tag des Gedenkens an die Opfer. Auschwitz stehe für das Ende von Zivilisation und Menschlichkeit, sagte André Kuper, der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, vor Beginn der Plenarsitzung am Jahrestag der Befreiung.

„Auschwitz ist und bleibt Synonym für den deutschen Massenmord an über sechs Millionen europäischen Juden, an politisch Verfolgten, an Sinti und Roma und vielen weiteren Menschen“, sagte Präsident Kuper. Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und das Bewahren ihrer Schicksale seien ein Auftrag, „dem sich unsere Demokratie heute und für alle Zukunft stellt“. Wenn auch die nationalsozialistische Judenverfolgung ihr Ende mit dem Sieg der Alliierten über Nazi-Deutschland gefunden habe, so seien Antise-

Foto: picture alliance/NurPhoto/Artur Widak

A man and a woman are standing in the foreground, holding white signs with the hashtag #WeRemember. The man is on the left, wearing a dark suit and glasses. The woman is on the right, wearing a striped blazer and glasses. They are standing on a snowy ground with train tracks leading towards a large brick building with a central tower, which is the entrance to the Auschwitz concentration camp. The sky is overcast.

#WeRemember

#WeRemember

und setzt Zeichen gegen Antisemitismus

mitismus, Extremismus und Menschenhass noch nicht besiegt. „Ich rede nicht von irgendwo“, sagte Kuper, „man findet sie direkt vor unserer Haustüre.“

„Gegenwärtige Gefahren“

Der Landtagspräsident wies auf die Ausstellungen der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit sowie der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf in der Wandelhalle hin (siehe gesonderten Text). Pandemiebedingt könne der Landtag sie zurzeit nicht öffentlich zugänglich machen. Die Ausstellungen zeigten „die gegenwärtigen Gesichter und Gefahren des Antisemitismus. Sie machen beschämend deutlich: Auch heute, im Jahr 2021, mitten in Düsseldorf und Nordrhein-Westfalen, mitten in Deutschland und Europa, müssen Menschen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Herkunft oder ihrer Lebensweise um ihre Würde und ihr Wohlergehen fürchten“.

André Kuper zitierte den Holocaust-Überlebenden Simon Wiesenthal: „Obwohl ich immer hoffe, dass wir aus der Geschichte lernen, habe ich zugleich die Angst, dass wir nichts dazulernen könnten und dieselben Fehler unter neuen Bedingungen wiederholen.“ Der Präsident sagte: „Das dürfen wir niemals zulassen.

Zwei Ausstellungen

Ursprünglich hatte der Landtag einen größeren Rahmen für den Gedenktag im Parlament vorgesehen. Geplant waren u. a. die offizielle Eröffnung zweier Ausstellungen zum Thema „Antisemitismus“ sowie ein Gespräch einer Schulklasse mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, und André Kuper, dem Präsidenten des Landtags. Die Corona-Pandemie ließ dies jedoch nicht zu.

Zur Information der Abgeordneten wurden die Ausstellungen dennoch in der Wandelhalle aufgebaut. Die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf zeigte zusammen mit der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf antisemitische Zuschriften an die Gemeinde aus den

Jahren 1992 bis 2020. Zu sehen waren Briefe, Postkarten und E-Mails voller Hass und Hetze, Drohungen, teilweise mit Nazisymbolen versehen – anonym, aber auch mit vollem Namen gezeichnet.

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit informierte über den „alltäglichen Antisemitismus in Deutschland“ – in Schulen, sozialen Netzwerken, in der Musik und im Sport. Weitere Themen waren u. a. das jüdische Leben in Deutschland, die Geschichte des Antisemitismus, aber auch Handlungsmöglichkeiten dagegen.

Ein Video zum Thema finden Sie unter www.landtag.nrw.de. Mehr zur Ausstellung der Kölnischen Gesellschaft finden Sie unter www.koelnische-gesellschaft.de/ausstellung/.

Wir bleiben wehrhaft gegenüber all jenen, die mit Worten und Waffen Menschen jüdischen Glaubens angreifen. Wir bleiben standhaft gegenüber denen, die Hetze und Hass auf den Straßen, in den sozialen Netzwerken und auch in politischen Reden verbreiten. Und wir bleiben entschlossen in dem Willen, die Demokra-

tie durch unser Handeln und Entscheiden zu verteidigen.“ Und weiter: „Das Erinnern an die zahllosen Menschen, die von den NS-Verbrechern in den Konzentrationslagern gequält und getötet wurden, ist und bleibt Mahnung an uns alle. Die Gruppe der verfolgten Juden war die größte unter ihnen.“ *red*



„Wir erinnern“: Das Präsidium des Landtags gedachte der Opfer des Nationalsozialismus (v. l. Präsident André Kuper und die Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth sowie Vizepräsident Oliver Keymis).
Fotos: Schälte

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Wir machen Nordrhein-Westfalen sicherer

Sicher ist, wenn es nicht nur sicher ist, sondern die Menschen hierzulande sich auch sicher fühlen. Daran arbeiten wir gemeinsam mit der FDP seit Regierungsantritt der NRW-Koalition.

Wie im Koalitionsvertrag verabredet, haben wir schon Meilensteine der sicherheitspolitischen Wende gelegt. Das Polizeigesetz gibt den Beamtinnen und Beamten die notwendigen und wirksamen Kompetenzen und Mittel an die Hand, den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen in der Kriminalitätsbekämpfung gut gerüstet gegenüberstehen zu können.

Die Ausstattung der Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen haben wir massiv verbessert. Neben polizeilich tauglichen Dienstfahrzeugen, ballistischen Schutzhelmen und Smartphones haben wir die Polizei flächendeckend mit Bodycams ausgestattet. Im



In vier Städten in NRW sind Polizisten jetzt teilweise mit Tasern ausgestattet. Foto: Adobe-Stock

Januar 2021 ist in einigen Städten nun auch der gerade aus den Reihen der CDU-Fraktion lange schon vorgeschlagene Taser-Testlauf gestartet.

Diese Distanz-Elektro-Impulsgeräte sind ein hocheffektives Einsatzmittel für den Dienstag unserer Polizei. Sie können in schwierigen Situationen deeskalierend wirken und die Be-

amtinnen und Beamten vor Angriffen schützen. Leider nimmt die Gewalt gegenüber unseren Einsatzkräften stetig zu, gerade auch in Zeiten der Pandemie durch Menschen, die sich unsolidarisch zeigen und sich nicht an die Regeln halten wollen. Die Polizistinnen und Polizisten setzen täglich ihre Gesundheit für uns alle aufs Spiel, da ist es nur fair, wenn sie bestmöglich ausgestattet werden.

Erste Berichte aus Dortmund zeigen, dass selbst die Androhung, den Taser zu benutzen, zur Deeskalation von Situationen führen kann. So machen wir NRW sicherer.



Zum 90. Geburtstag von Johannes Rau: Nichts an Aktualität eingebüßt

Am 16. Januar dieses Jahres wäre Johannes Rau 90 Jahre alt geworden. Der frühere Bundespräsident und NRW-Ministerpräsident hat unser Bundesland wie kein anderer geprägt. Thomas Kutschaty, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW, würdigt die Lebensleistung des vor 15 Jahren verstorbenen Johannes Rau: „Er fehlt. Was es über Staat und Politik zu sagen gibt, hat er stets auf den Punkt gebracht. Gerechtigkeit und Frieden hatte er sein politisches Leben gewidmet. Und was für ein politisches Leben das war!“

Begonnen hatte alles in den frühen Fünfzigerjahren. Aus Protest gegen die Wiederbewaffnungspolitik Adenauers engagierte sich der junge Rau zunächst in der Gesamtdeutschen



Volkspartei, bis er 1957 seinem Mentor Gustav Heinemann in die SPD folgte. Er wurde Landtagsabgeordneter, Oberbürgermeister von Wuppertal, Wissenschaftsminister und ab 1978 NRW-Ministerpräsident. Das blieb er zwanzig Jahre lang. Im Mai 1999 wurde er zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Als zu Beginn dieses Jahrhunderts der Sozialstaat in Verruf gebracht wurde, hielt Rau dagegen. „Jeder Mensch hat ein Recht auf einen Anteil am Sagen und Haben. Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind aufeinander angewiesen. Das wusste der damalige Bundespräsident“, erinnert Kutschaty. „Damals war das eine Provokation für den Zeitgeist, dem die Marktfreiheit die einzige Freiheit zu sein

schien, die etwas zählte“, erklärt Kutschaty weiter. Raus großes Thema als Bundespräsident war der Zusammenhalt in einer Gesellschaft von Menschen, die nicht nur verschiedene Hautfarben haben, sondern auch unterschiedlich glauben und lieben. „Seine Forderung ‚Lassen Sie uns gemeinsam für ein Deutschland sorgen, in dem man ohne Angst verschieden sein kann, ist aktueller denn je. Leider“, so Kutschaty. „Deshalb ist Johannes Raus Wirken bei den großen Themen bei der SPD-Fraktion im Landtag NRW nach wie vor richtungsweisend. Für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt“, resümiert Kutschaty.



Jungen Menschen auch in der Pandemie eine Ausbildungsperspektive geben

Raus aus dem Klassenzimmer, rein in die Arbeitswelt und selber herausfinden, welche berufliche Aufgabe einem Freude bereitet und den eigenen Talenten entspricht – diese Erfahrungen



Martina Hannen (FDP)

können viele Schülerinnen und Schüler durch die Corona-Pandemie nur eingeschränkt machen. „Die Azubis von morgen können sich darauf verlassen, dass wir ihnen in dieser schweren Zeit weiter zur Seite stehen“, erklärt die Sprecherin für schulische Berufs- und Weiterbildung der FDP-Landtagsfraktion, Martina Hannen.

Betriebspraktika, Tage der offenen Betriebe sowie Schnuppertage fehlen aktuell bei der Berufsorientierung. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, jungen Menschen auch in diesem Jahr eine Perspektive bei der Berufsauswahl zu bieten. In einer Initiative von FDP und CDU schlagen die Fraktionen daher zahlreiche Maßnahmen vor, damit die Berufsorientierung auch in der Corona-Pandemie gewährleistet ist. „Wir unterstützen junge Menschen, mutig und eigenverantwortlich Entscheidungen über ihre

berufliche Zukunft zu treffen. Ist ein Betriebspraktikum wegen der Corona-Pandemie ausgefallen, soll es für das Schuljahr 2021/22 nachgeholt werden können“, erklärt Hannen. Zudem soll erörtert werden, wie der Vermittlungsprozess zwischen freien Ausbildungsplätzen und interessierten Auszubildenden in der dualen Ausbildung verbessert werden kann. Auch digitale Angebote sollen verstärkt eingesetzt werden. „Die Chancen der jungen Menschen haben für uns einen besonders hohen Stellenwert und dürfen unter den Folgen der Pandemie nicht leiden“, betont Martina Hannen.



Für eine klimafreundliche Mobilität in NRW

Der Verkehrssektor ist für ein Viertel der Treibhausgas-Emissionen in Europa verantwortlich. Damit die Klimaziele auch in diesem Bereich erreicht werden können, muss der Ausstoß sinken – doch bislang ist das nicht passiert. Grund dafür ist eine Verkehrspolitik in Bund und Land, die den Straßenverkehr gegenüber anderen Verkehrsträgern klar bevorzugt.

Zum 1. Januar ist die Zuständigkeit für den Fernstraßenbau von den Ländern auf den Bund übergegangen. Künftig ist die sogenannte „Autobahn GmbH“ für Planung und Wartung zuständig. Wir Grüne wollen eine nachhaltige und zukunftsfeste Mobilitätsplanung, in der nicht ausschließlich der Straßenbau im Mittelpunkt steht. So kommt der Ausbau von Radwegen und Zugstrecken in NRW nur sehr schleppend voran. Von den sieben 2014 beschlossenen Rad-



Arndt Klocke (Grüne), verkehrspolitischer Sprecher

schnellwegen ist bislang nur ein Teilstück des Radschnellwegs Ruhr realisiert worden. Beim Güterverkehr werden derzeit immer mehr statt weniger Güter mit Lkws transportiert. Nur mit einem schnellen und bedarfsgerechten Ausbau

der Schienenwege – besonders auch in Richtung Belgien und Niederlande – kann dieser Entwicklung entgegengewirkt werden.

Daher schlagen wir mit unserem Antrag vor, dass die Landesregierung den Landesbetrieb „Straßen NRW“ zu einem breit aufgestellten Planungsbetrieb „Mobilität.NRW“ weiterentwickelt. Neben dem Straßenbau soll der neu aufgestellte Landesbetrieb finanziell und personell so aufgestellt werden, dass er in der Lage ist, neben Straßenbau auch die klimafreundliche ÖPNV- und Schieneninfrastruktur sowie das Radwegenetz zu koordinieren.



Leben und arbeiten hinter der Maske

Kein Thema seit Jahrzehnten hat die Bürgerbuchstäblich mehr in Atem gehalten als das Corona-Virus und die Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19. Es ist dabei weniger deren in Teilen höchst umstrittener Nutzen, vielmehr sind es die konkreten Folgen für unsere Wirtschaft – und damit unseren Lebensstandard –



und die eigentlich selbstverständlichen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte der Menschen, die uns als Fraktion beschäftigen und Gegenstand einer langen Reihe von Anträgen sind, die wir ins Plenum einbringen. Auch im Landtag selbst ist das Virus allgegenwärtig, in Form von Hinweisschildern aller Art, Desinfektionsmittelspendern, Plexiglas-Trennscheiben, Distanzgebots, Einschränkungen bei Veranstaltungen und natürlich den mehr oder minder wirksamen Masken, die die Menschen so anonymisieren und entfremden. Im Landtagsrestaurant wird jegliche soziale Interaktion komplett unterbunden, man sitzt allein am Tisch, und die Flure sind meist gespenstisch leer. Da politische Arbeit stets Teamwork ist, Beratungen und Entscheidungen in Gremien und Arbeitsgruppen stattfinden, sind diese Einschränkungen mehr

als spürbar. Die AfD-Fraktion bemüht sich sehr um eine Aufrechterhaltung ihrer Effizienz, bei größtmöglicher Wahrung des Infektionsschutzes. Dabei werden nun viele Fraktionsmitglieder für ein paar Wochen ins Homeoffice gehen, doch wann immer es möglich ist, bleiben unsere Büros besetzt und die Möglichkeit des direkten Austauschs und kurzer Wege genutzt. Nichts wäre fataler in diesen Tagen, als wenn die Regierung ohne umfängliche Kontrolle durch die Opposition wichtige Entscheidungen trifft, die alle Menschen in Nordrhein-Westfalen betreffen.



Schätze im Depot: Das Kunstlag

Die Kohlezeichnung eines Rheinischen Expressionisten hier, das Ölgemälde eines Düsseldorfer Historienmalers dort: Im Kunstdepot des Landtags reihen sich in Folie und Kartons verpackte Gemälde, darunter hochkarätige Arbeiten. Rund 700 Werke zählen zur Kunstsammlung des Landtags, die in mehr als sieben Jahrzehnten entstanden ist – und weiter wächst.

Eine neue Lieferung trifft ein. An diesem Donnerstagnachmittag kommt der Künstler sogar selbst als Kurier: Während die Abgeordneten in den Ausschüssen beraten, betritt Wilfred H. G. Neuse die Bürgerhalle. Unter dem Arm trägt der Düsseldorfer Fotokünstler sein Werk „Schattentreffen on Schildergasse“, ein Direktdruck auf einer Aluminiumverbundplatte, das der Landtag bei ihm bestellt hat. Zu sehen sind plattgetretene Kaugummis auf der Kölner Schildergasse, über die sich Silhouetten menschlicher Schatten erheben, die der Künstler in grellen Farben digital nachbearbeitet hat.

Kunst und Kaugummi

Mit dem Motiv will Neuse auf das Ärgernis von Kaugummis im öffentlichen Raum hinweisen – für ihn auch ein politisches Thema, dem er eine ganze Ausstellung gewidmet hat. Dass der Landtag sein Werk in den Bestand der Kunstsammlung aufnehmen, erzählt er bei der Übergabe, sei für ihn ein „freudiges Ereignis“ und ein Zeichen dafür, dass die Kunst Gehör finde in der Politik.

Der nordrhein-westfälische Landtag ist eines der wenigen Landesparlamente mit eigener Kunstsammlung. Unter den Exponaten finden sich stilbildende Werke von Künstlern, von denen wichtige Impulse für die deutsche Kunstszene in den 1950er-Jahren ausgingen. Dazu



Neuankäufe: Werke von Manuel Schroeder, Morgaine Schäfer und Wilfred H. G. Neuse (v.l.)

zählen Emil Schumacher und Heinrich Siepmann, die zur Künstlergruppe „junger westen“ gehörten, Winfried Gaul und Peter Brüning aus dem Kreis der „Gruppe 53“ sowie Bernhard

vertreten, der „Rheinische Expressionismus“ mit Werken von Heinrich Nauen, Walter Ophéy und Otto Pankok, die zu den wichtigsten Vertretern dieses Stils zählen.

Fotos: Schälte, Schroeder, Schäfer, Neuse



er des Landtags



Kunstverwalterin Elfi Zimmerling ist im Landtag zuständig für das Kunstdepot. Alle Werke erhalten eine Signatur, werden verliehen oder eingelagert.



Das Werk „Schattentreffen on Schildergasse“ zeigt plattgetretene Kaugummis auf Asphalt.

So unterschiedlich die Stile der rund 700 Werke in der Sammlung seien, gebe es doch eine Gemeinsamkeit, erzählt Elfi Zimmerling, die im Landtag zuständig für den Kunstbestand ist: „Mit ganz wenigen Ausnahmen haben alle Werke einen Bezug zu Nordrhein-Westfalen – entweder weil die Künstlerinnen und Künstler hier geboren oder ausgebildet wurden, hier leben oder ihre Arbeiten einen thematischen Bezug zu Land und Leuten haben.“

Viele hochkarätige Bilder sind an repräsentativen Orten im Parlamentsgebäude zu sehen, etwa in der Wandel- und Bürgerhalle oder im Empfangsraum des Landtags. Zahlreiche Exponate finden sich zudem in den kilometerlangen Fluren sowie in Büros von Abgeordneten und Mitarbeitenden, die die Werke als Leihgabe ordern können. „Es wäre zu schade, wenn sie nur eingepackt in Regalen lagerten“, sagt Kunsthistorikerin Zimmerling. „Kunst soll gesehen werden.“

Rund 250 Exponate befinden sich nach wie vor in Kartons und Folie verpackt im Kunstdepot, das erst vor Kurzem aus dem Kel-

ler des Landtags in ein nahegelegenes Bürogebäude gezogen ist. Der Bestand verteilt sich auf zwei Räume, die deutlich mehr Platz bieten als zuvor, als die Kunstwerke dicht gedrängt in einem Kellerraum des Landtags untergebracht und nur mit Mühe zu erreichen waren.

Im Depot warten mehrere Werke auf ihre Restaurierung, wie etwa das skulpturartige Gemälde „Like an old wall“ des zeitgenössischen Bildhauers und Malers Michael Kortländer, das in den nächsten Tagen abgeholt werden soll. Erst kürzlich machten die Fachleute der beauftragten Restaurationswerkstatt bei ihren Arbeiten auch eine ungewöhnliche Entdeckung: Unter dem Gemälde „Die Heimkehr der Fischerflotte“ des Düsseldorfer Malers Georg Hambüchen (1901–1971) entdeckten sie die Schicht eines weiteren Bildes, das der Künstler übermalt hatte. Mithilfe von Infrarotaufnahmen rekonstruierten sie das Bild. „Eine absolute Seltenheit“, sagt Zimmerling. Auch der Rundfunk berichtete über das „Restauratoren Glück“, wie es in einem Beitrag hieß.

Bei Aufräumarbeiten für den Umzug des Kunstdepots durchforstete Zimmerling den Bestand – und machte weitere Funde: Sie entdeckte Gemälde von Walter Ophey (1882–1930) und Christian Rohlf (1849–1938), die der Landtag bereits im Jahr 1949 angekauft hatte. Ophey zählt zu den wichtigsten Malern des Rheinischen Expressionismus, Rohlf gehörte zum Kreis der westfälischen Expressionisten. Zwar waren deren Werke im Bestand verzeichnet, aufgrund ihres schlechten Zustands aber

jahrelang nicht mehr in der Ausleihe des Landtags verfügbar.

Das wiederentdeckte und mittlerweile restaurierte Ölgemälde „Landschaft mit Wolken“ von Ophey kostete im Jahr der Anschaffung rund 1.000 Deutsche Mark und dürfte heute deutlich mehr wert sein. Andere Bilder erwarb der Landtag für nur 15 bis 20 Mark oder bekam sie als Schenkungen überreicht.

Förderung der Kunst

Ob Schenkung oder nicht – es gehe nicht um den monetären Wert oder darum, Vermögen anzuhäufen, sagt Zimmerling. Ziel sei es, Künstlerinnen und Künstler aus Nordrhein-Westfalen zu fördern. In Zeiten der Coronapandemie sei das besonders wichtig. Acht Werke hat der Landtag im vergangenen Jahr neu erworben. Die Entscheidung darüber hat jeweils das Präsidium auf Empfehlung des Präsidenten des Landtags, André Kuper, getroffen.

Zu den Neuerwerbungen zählt beispielsweise das Werk „Shabbat-Becher“ der in Düsseldorf lebenden israelischen Künstlerin Zipora Rafaelov, das dauerhaft in der Bürgerhalle ausgestellt ist. Neu in der Sammlung sind auch das Bild „corona“ aus dem Jahr 2019 von Alicia Viebrock, ein Werk aus der Serie „Hier und jetzt“ von Inken Boje sowie eine Fotografie von Manuel Schroeder auf einer Aluminiumverbundplatte, die einen Steinbruch im Beckumer Zementrevier zeigt.

Die meisten Neuerwerbungen werden vermutlich nur für kurze Zeit im Depot lagern, sagt Elfi Zimmerling. „Ich habe schon einige Vorbestellungen. Neue Kunst ist heiß begehrt.“ Und so wird auch die Fotografie von Wilfried H. G. Neuse wohl bald einen festen Platz im Landtag finden – und ihre Wirkung im politischen Raum entfalten.

toB



AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

Brexit

27.12.2020 – Die Enquetekommission „Brexit“ des Landtags steht vor dem Abschluss ihrer Arbeit. Parallel zum Ende der zwischen der Europäischen Union (EU) und dem Vereinigten Königreich vereinbarten Übergangsphase am 31. Dezember 2020 veröffentlichte die Enquetekommission von ihr beauftragte Gutachten über die Folgen des Brexit für Nordrhein-Westfalen. Der Vorsitzende Stefan Engstfeld erklärte: „Die Enquetekommission ‚Brexit‘ hat sich intensiv und umfassend mit den Folgen des Brexits für das Land Nordrhein-Westfalen befasst. Dabei haben drei Gutachten einen wichtigen wissenschaftlichen Beitrag geleistet, die Auswirkungen von der Mikro- bis zur Makroebene einordnen zu können. Vor allem über die zukünftigen Handelsbeziehungen herrschte während der Beratungen in den vergangenen zwei Jahren große Unsicherheit. Aus diesem Grund hat die Enquetekommission zwei Teilgutachten zur NRW-spezifischen Folgenanalyse eines veränderten Level Playing Field zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in Auftrag gegeben. Es soll helfen, die zukünftigen Handelsbeziehungen sowohl aus rechtlicher als auch makroökonomischer Perspektive für Nordrhein-Westfalen präzisier einschätzen zu können. Um neben den Herausforderungen auch mögliche Chancen des Brexit zu identifizieren, nahm ein zweites Gutachten die sich aus dem Brexit ergebenden Standortpotenziale sowie die Frage von möglichen Migrationsbewegungen nach Nordrhein-Westfalen in den Fokus.“ Die politischen Ergebnisse will die Enquetekommission mit der Plenarberatung Ende März 2021 veröffentlichen. Die Enquetekommission hatte sich im Dezember 2018 konstituiert ([Vorlage 17/3792](#)). Die Gutachten finden Sie im Internetauftritt unter www.landtag.nrw.de.

Wahl von Integrationsräten

13.1.2021 – Der Integrationsausschuss hat sich mit den Integrationsratswahlen befasst, die am 13. September 2020 parallel zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen stattgefunden hatten. Es sei nicht gelungen, die Wahlbeteili-

gung zu steigern, sie „verharre auf niedrigem Niveau“, sagte Integrationsminister [Dr. Joachim Stamp](#) (FDP). Laut einem Bericht der Landesregierung ([Vorlage 17/4492](#)) lag die Beteiligung bei der Wahl der Integrationsräte bei 13,3 Prozent. Im Jahr 2014 waren es noch 13,8 Prozent. Erfreulich sei, dass durch verbesserte Ausweisungen in Wahlregistern im Jahr 2020 landesweit rund 50 Prozent mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte zur Wahl aufgerufen waren, sagte Stamp. In absoluten Zahlen hätten somit 50 Prozent mehr Menschen ihre Stimme an der Wahlurne abgegeben – ein Erfolg, zu dem auch die Werbung des Landesintegrationsrates NRW beigetragen habe. Pandemiebedingt hätten einige Wahlveranstaltungen allerdings ausfallen müssen. Zudem hätten Medien nur wenig über Integrationsratswahlen berichtet, ergänzte Tayfun Keltok, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW. Der Rat habe sich dafür eingesetzt, dass Kommunal- und Integrationsratswahlen am gleichen Tag stattfinden könnten, um jeweils möglichst viele Menschen zu mobilisieren.

Brand in Baumhaus

14.1.2021 – Der Brand eines Baumhauses im Hambacher Forst war Thema im Innenausschuss. Anlass war eine Dringliche Frage der Fraktionen von CDU und FDP. Medienberichten zufolge sei ein Mann bei dem Feuer am 11. Januar 2021 schwer verletzt worden. Zudem seien Feuerwehr und Rettungsdienst durch Barrikaden daran gehindert worden, direkt zum Einsatzort vorzudringen. Die Fraktionen fragten nach den Erkenntnissen der Landesregierung. Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) bestätigte den Vorfall. Vermutlich habe ein Ofen den Brand in dem in 15 Meter Höhe angebrachten Baumhaus ausgelöst. Barrikaden, Wälle und Gräben hätten die Anfahrt der Rettungskräfte zum Einsatzort erschwert. Der Innenminister berichtete zudem von einem Twitterbeitrag aus dem Umfeld der Szene. Fahrzeuge mit Blaulicht, so habe es in dem Beitrag geheißen, sollten nicht angegriffen werden, da es sich um einen Rettungseinsatz handle. Der Wald sollte ursprünglich dem Ham-

bacher Tagebau weichen und gilt als Symbol des Widerstands gegen Braunkohleabbau und Kohleverstromung. Im Herbst 2018 war er zeitweise geräumt worden. Als Grund hatte die Landesregierung damals u. a. mangelnden Brandschutz in den Baumhäusern der Besetzer genannt. Im Januar 2020 hatten Bundesregierung und die vom Kohleausstieg betroffenen Bundesländer den Erhalt des Waldes vereinbart. Dennoch halten sich dort nach Angaben Reuls aktuell etwa 50 Personen auf. Es müsse geklärt werden, wie mit dem Hambacher Forst künftig umzugehen sei, sagte der Innenminister und sicherte allen Fraktionen Gesprächsbereitschaft zu.

Sozialindex für Schulen

20.1.2021 – Der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Jörg-Peter Schröppler (Ruhr-Universität Bochum) hat den Ausschuss für Schule und Bildung über den geplanten schulscharfen Sozialindex für Nordrhein-Westfalen informiert. Mithilfe des Index sollen die öffentlichen Grund- und weiterführenden Schulen gezielter gefördert werden. Man könne keinen Mittelwert für Kommunen bilden, da die Problemlagen innerhalb einer Stadt häufig unterschiedlich seien, sagte Schröppler und nannte als Beispiel die Stadt Essen mit ihren nördlichen und südlichen Stadtteilen. Es gehe darum, „offensichtlich schwierige Lernausgangslagen an Schulen zu identifizieren“. Der Sozialindex bilde den Unterstützungsbedarf auf einer Skala von 1 bis 100 ab. Für die Berechnungen seien lediglich amtliche Daten erforderlich. Berücksichtigt würden Kinder- und Jugendarmut, Schülerinnen und Schüler, die selbst aus dem Ausland zugezogen seien oder in deren Familien überwiegend nicht Deutsch gesprochen werde sowie Kinder- und Jugendliche mit den Förderbedarfen Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung. „Der schulscharfe Sozialindex kann künftig dazu beitragen, Ressourcen objektiver und zielgenauer auf die Schulen zu verteilen“, heißt es in einem Bericht der Landesregierung ([Vorlage 17/3933](#)). Der Index sei Grundlage für die weiteren Beratungen im Ausschuss, sagte Schulministerin [Yvonne Gebauer](#) (FDP).

Porträt: Christian Loose (AfD)



Die Vorkehrungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hätten die politische Arbeit im nordrhein-westfälischen Landtag nicht einfacher gemacht. Plexiglasscheiben vor und neben jedem Abgeordnetensitz im Plenarsaal engten den Raum ein, veränderten die Geräuschkulisse und machten Zwischenrufe mühsamer. „Ich habe viel weniger Lust dazwischenzufunken“, sagt Christian Loose, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, augenzwinkernd. Im Fraktionssaal säßen die Abgeordneten mit großem Abstand zueinander, meist müssten die Mitarbeitenden draußen bleiben.

Loose betrachtet einige der landesweit geltenden Beschränkungen skeptisch. „Mein Motto ist: Schulen öffnen und Alte schützen“, sagt der 45-jährige Diplom-Kaufmann, der aufgrund seines Alters erst in einigen Monaten mit einem Impftermin rechnen kann. Er fordert vor allem den Einsatz von Schnelltests für Bewohnerinnen und Bewohner sowie Beschäftigte von Alten- und Pflegeheimen.

Politisch aktiv wurde Loose, der nach einem Studium der Betriebswirtschaftslehre in Hagen und Münster bei einem großen Energieunternehmen als Controller arbeitete, als er den Mitgründer und früheren Vorsitzenden der AfD, Bernd Lucke, in einer Fernsehdiskussion erlebte. Bis dahin sei er zwar politisch interessiert gewesen und habe sich, geprägt durch seinen Vater, einem gelernten Schlosser und späteren Betriebsratsvorsitzenden in einem großen Industrieunternehmen, immer für Erhalt und Sicherung der Arbeitsplätze in der Industrie starkgemacht. Doch für ein politisches Engage-

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Christian Loose. Der 45-jährige Diplom-Kaufmann ist wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion.

ment hätten ihm die Zeit und die zu ihm passende Partei gefehlt. Was Lucke etwa zu Steuerreformen oder Volksabstimmungen sagte, habe ihn so stark beeindruckt, dass er am nächsten Tag das Beitrittsformular ausgefüllt habe.

Auch in der AfD wollte er zunächst aber nicht aktiv mitarbeiten, sondern vor allem die damals noch junge Partei personell und finanziell stärken. Dann aber sei dem Kreisverband Bochum der Schatzmeister abhandengekommen. Loose wurde gefragt, sagte zu und ist mittlerweile einer der dienstältesten Schatzmeister in der Partei. Obwohl sein politisches Interesse in erster Linie in der Finanz-, Wirtschafts- und Energiepolitik liegt – hier arbeitet Loose an den entsprechenden Programmen der Bundespartei mit –, gehört er seit 2014 dem Bochumer Stadtrat an. Er habe sich damals geärgert, dass ein Baugebiet in Bochum zwar ausgewiesen, aber nichts zur Realisierung unternommen worden sei. Deshalb habe er auf der AfD-Liste für das kommunale Parlament kandidiert – mit Erfolg.

„Taktisches Manöver“

Innerhalb der AfD liege er auf der Linie des Vorsitzenden Jörg Meuthen, vom Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, Vormann des rechten Parteiflügels, halte er wenig. Dessen Bedeutung werde in der Öffentlichkeit überschätzt, inhaltlich habe Höcke kaum etwas zu bieten, sagt Loose. Er selbst bezeichnet sich als „Hardliner im freiheitlich-konservativen Lager“. Und dabei nehme er kein Blatt vor den Mund, egal, ob es um den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet von der CDU oder um Mitglieder der eigenen Partei gehe. Dass die AfD von den anderen Parteien in der Bundesrepublik weitgehend geschnitten werde, ist in seinen Augen im Wesentlichen ein taktisches Manöver, „um uns klein zu halten“. Er sei überzeugt, dass in einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren die AfD etwa in Sachsen oder in Mecklenburg-Vorpommern in der Landesregierung vertreten sein werde, zunächst vielleicht über eine Tolerierung. „Wenn auf Dauer 30 Prozent der Wähler ignoriert werden, macht das die Leute wütend.“

Wenn Loose mal nicht von der Politik in Beschlag genommen wird, geht er mit Frau und Sohn gerne wandern, zum Tennis hat er kaum

noch Zeit, seitdem er das Mandat in Düsseldorf hat. Auch ins Stadion von Borussia Dortmund, seinem Lieblingsverein in der Fußball-Bundesliga, schafft er es nicht mehr, und das nicht erst, seitdem die Spiele unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden.

Peter Jansen

Zur Person

Christian Loose (45) ist gebürtiger Ibbenbürener. Nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann studierte er an der Fernuniversität Hagen und an der Universität Münster Betriebswirtschaftslehre. 2002 schloss er das Studium als Diplom-Kaufmann ab. Loose ist seit 2013 Mitglied der AfD und war von September 2014 bis September 2020 Mitglied im Rat der Stadt Bochum. Seit 2017 ist er Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag und dort u. a. Sprecher seiner Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

„Blackout“ von Marc Elsberg. Ein wirklich fesselnder Thriller darüber, was passiert, wenn ein Land seine Energieversorgung gegen die Wand fährt. Diese schonungslose Beschreibung der zwingenden Folgen kann niemanden kalt lassen, der sich mit dem Thema Energieversorgung schon einmal beschäftigt hat.

Welche Musik hören Sie gerne?

Von „99 Luftballons“ bis „Born to be wild“. Auf jeden Fall Gute-Laune-Musik. Das passt immer dann, wenn ich gute Laune habe. Und es hilft in den seltenen Fällen, wenn ich wieder welche bekommen möchte.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Natürlich Milch. Denn Milch macht ja bekanntlich müde Männer munter.

Ihr liebstes Reiseziel?

Südtirol. Dort können wir in Bergseen schwimmen, wandern und auf der Alm einen Kaiserschmarrn genießen. Abends im Dorf lassen wir den Tag dann mit einem Glas Wein und dem Blick auf die Berge ausklingen.

Kurz notiert

Gedenken

Der Landtag hat sich an der von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ins Leben gerufenen Aktion #lichtfenster beteiligt, um der Menschen zu gedenken, die während der Corona-Pandemie gestorben sind. Vom 15. bis zum 30. Januar 2021 leuchtete dazu jeden Abend eine Kerze am Eingang des Parlamentsgebäudes, die auch vom Vorplatz aus zu sehen war. Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte: „Täglich sterben Menschen an den Folgen von Covid-19, unzählige kämpfen in diesen Stunden um ihr Leben – für sie setzen wir im Landtag Nordrhein-Westfalen ein zentrales Zeichen des gemeinsamen Gedenkens für unser Bundesland. Deswegen beteiligt sich der Landtag an der Aktion #lichtfenster des Bundespräsidenten. Die Kerze im Landtag von Nordrhein-Westfalen führt uns auch vor Augen, wofür wir in diesen Wochen unser aller Leben so stark beschränken: Wir kämpfen gegen eine Pandemie, wir alle setzen uns dafür ein, dass weniger Menschen sterben.“ Weitere Informationen zum Aufruf des Bundespräsidenten finden Sie unter www.bundespraesident.de.

Sternsinger

Aufgrund der Corona-Pandemie ist der traditionelle Besuch der Sternsinger im Landtag in diesem Jahr ausgefallen. Der Präsident des Landtags, André Kuper, nahm den Segensspruch „Christus mansionem benedicat“ stattdessen als Videobotschaft von Kindern der Katholischen Kirchengemeinde St. Martin aus Düsseldorf-Bilk entgegen. Der Landtag unterstützte wieder die Sternsingeraktion, bei der Geld für notleidende Kinder in der Welt gesammelt wird. Der Präsident sagte: „Die Sternsinger erfüllen das diesjährige Motto ‚heller denn je‘ mit Leben. Gerade in der schwierigen Situation der Corona-Pandemie ist es schön, dass Kinder und Jugendliche, die unter den momentanen Einschränkungen leiden, Mitgefühl und Nächstenliebe für Gleichaltrige zeigen, denen es schlechter geht.“ In einer Videobotschaft richtete er sich an die Sternsinger: „Wir Parlamentarier unterstützen das Anliegen der Sternsinger, für viele Menschen den Stern von Bethlehem heller strahlen zu lassen.“

Gestorben

- 16.12. Elisabeth Veldhues (SPD/71)
MdL 2005-2012
- 28.12. Anne-Hanne Siepenkothen (CDU/71)
MdL 1985-2005
- 31.12. Prof. Helmut Kupski (SPD/88)
MdL 1980-1995
- 21.1. Wilhelm Lüke (CDU/86)
MdL 1985-2000

Neue Ausgabe

Die neue Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 9. März 2021.

Mutmacher in der Krise

Bei allen Einschränkungen und persönlichen Verlusten hat die Corona-Pandemie auch Zeichen der Hoffnung und des Mutes hervorgebracht. Das zeigt der Präsident des Landtags, André Kuper, in einem lebensgroßen Porträt, das der Kölner Fotograf Thomas Ahrendt für seine Arbeit „Der Stadt Bestes – das Gute in der Krise“ angefertigt hat. Neben dem Landtagspräsidenten beteiligten sich mehr als 70 Menschen aus Nordrhein-Westfalen mit ihren Mutmachergeschichten an dem im März 2020 begonnenen Projekt, darunter der Moderator Guido Cantz und der Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach. Landtagspräsident André Kuper hält ein Foto des Plenarsaals in den Händen. Es ist ein Symbol für den funktionierenden Parlamentarismus während der Corona-Pandemie, wie er sagt: „Die parlamentarische Demokratie hat sich in der Corona-Krise bewährt. Zudem haben wir 5.000 Wunsch-Steine im Landtag, die zeigen, dass die Kinder Hoffnung haben. Und diese Hoffnung können wir ins ganze Land tragen.“ Mehr Informationen zu dem Projekt finden Sie unter www.landtag.nrw.de.



Foto: Fotografenmeister Thomas Ahrendt, Studio157, 51069 Köln, www.studio157.de